

Rheingauer Bürgerfreund

Gesetzlich Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letzten Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal lith. 1.50
= (ohne Crägerlohn oder Postgebühren) =
Inseratenpreis pro sechspäppige Pfeitzelle 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

= Grösste Abonnentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Telegraphen No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

N° 24

Dienstag, den 25. Februar 1919

70. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auszug aus der Verordnung über die Entlassung, Entlassung und Entlöhnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.

§ 1.

Angestellte im Sinne nachstehender Vorschriften sind die dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Personen mit Einschluss der auf Grund des § 11 oder des § 14 Nr. 2, 3 desselben Gesetzes von der Versicherungspflicht Befreiten, sowie diejenigen, die versicherungspflichtig seien würden, wenn nicht ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 M. oder ihr Alter das siebzigste Lebensjahr übersiegt. Als Angestellte gelten auch Kriegsteilnehmer, die im Hauptheer mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, jener Lehrlinge, die sich in einer geordneten Ausbildung zu einer der vorgenannten Beschäftigungen befinden.

§ 2.

Betriebsunternehmer und Büroinhaber, einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts und vorbehaltlich des § 9 dieser Verordnung verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Civiliinternierten einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges bei ihnen beschäftigt waren und nicht später einen wichtigen Grund zur Kündigung gegeben haben und deswegen entlassen worden sind. pp.

§ 3.

Eine Entlassung der wiedereingestellten Kriegsteilnehmer und Civiliinternierten kann frühestens am Ablauf des auf den Monat der Wiedereinstellung folgenden dritten Kalendermonats erfolgen. Eine Kündigung zu diesem Zeitpunkt ist auch dann zulässig, wenn sie zu diesem Termine nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften nicht wirksam wäre; die Kündigungsfrist beträgt in diesem Falle sechs Wochen.

§ 7.

Die Arbeitgeber sind vorbehaltlich des § 9 dieser Verordnung verpflichtet, die beim Aufkündigen dieser Verordnung von ihnen beschäftigten Angestellten weiter zu beschäftigen, soweit diese ein Erwerb angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Ort ausgewichen sind, es sei denn, daß sie die Bescheinigung der zuständigen Centralauskunftsstelle (Hauptheeramt, Landesamt für Arbeitsvermittlung) beibringen, daß eine ihrer Vorbildung entsprechende Anstellung an diesem Orte oder in dessen Umgebung für sie nicht zu erlangen ist.

Die Verpflichtung zur weiteren Beschäftigung erstreckt sich nicht auf Angestellte, die nur zur vorübergehenden Ausbildung angenommen sind.

Angestellten, die hierauf weiter zu beschäftigen sind, darf nicht zu einem früheren Termine als zum 28. Februar 1919 kündigt werden.

§ 9.

Eine Pflicht zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung von Angestellten (§§ 2—8) besteht nicht, soweit ihre Durchführung dem Betriebsunternehmer oder Büroinhaber infolge der bestehenden Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich ist. Welche Angestellten hierauf nicht wieder eingestellt zu werden brauchen, oder zur Entlassung zu kommen haben, ist im Verein mit dem Angestelltenauskunftsamt oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Mehrzahl der Angestellten zu bestimmen. An die Stelle der Angestelltenauskunftsstelle treten in den durch § 12 der Verordnung über die Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) schlegelten Ämter die dort bezeichneten Vertretungen der Angestellten.

Bei der Auswahl der zu entlassenden Angestellten sind zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Erreichbarkeit des einzelnen Angestellten, zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Angestellten derart zu berücksichtigen, daß die ältesten Eingearbeiteten Angestellten und die Angestellten mit verhältnismäßig geringer Familie möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind.

Das gleiche gilt von ehemals selbständigen Gewerbetreibenden und solchen Angestellten, die bis Kriegsausbruch oder später im Ausland tätig waren, sowie von Lehrlingen, die sich in einer geregelten Ausbildung befinden. Kriegsbeschädigte und Kriegsvertriebene sind angemessen zu berücksichtigen.

Sohl und Art der zur Entlassung kommenden Angestellten ist der zuständigen Centralauskunftsstelle (Hauptheeramt, Landesamt für Arbeitsvermittlung) vom Arbeitgeber beim Ausspruch der Kündigung anzugeben.

§ 11.

Die Demobilisierungsausschüsse sind befugt, Unternehmen solcher Betriebe und Inhaber solcher Büros, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern und reichsdeutschen Civiliinternierten als Angestellte zu verpflichten, auch wenn die Voraussetzungen des § 2 nicht vorliegen. Die Verpflichtung darf nur so weit erfolgen, als ihre

Durchführung dem Arbeitgeber nicht infolge der besonderen Verhältnisse seines Betriebes unmöglich ist. Sie ist aufzuheben, wenn diese Voraussetzung entfällt.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung auf Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Der Bevollmächtigungs-Ausschuß wird mit der Zusendung an den Arbeitgeber wirksam. Er kann von den Beteiligten innerhalb 3 Tagen im Wege der Bescheinigung an den Demobilisierungskommissär angefochten werden. Der Demobilisierungskommissär entscheidet endgültig.

Berlin, den 24. Januar 1919.

Die Reichsregierung

Vort. Scheidemann.
Der Staatssekretär des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung.

Noch.

Indem ich vorstehenden Auszug veröffentliche, bemerke ich, daß die Verordnung selbst im Kreisbau, Zimmer Nr. 6, eingesehen werden kann. Es wird versucht werden, Sonderabdruck der ganzen Verordnung zu beschaffen und bei den einzelnen Gemeinden auszulegen. Bis dem Ablauf der ganzen Verordnung reicht der in den amtlichen Blättern zur Verfügung stehende Raum nicht aus.

Im Anschluß an die vorstehende Verordnung hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung unter § 3, do. Ms. u. a. folgendes verfügt:

Die Vorschriften des § 11, Abs. 1 finden auf Körperschaften des öffentlichen Rechts keine Anwendung. Trotzdem ist es notwendig, daß die im § 11 festgelegten Grundätze auch in Betrieben und Büros von Körperschaften des öffentlichen Rechts sinngemäß durchgeführt werden.

Der § 9 der Verordnung bietet ebenso wie der § 7 der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlöhnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 8) eine Handhabe, diejenigen männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter in den einzelnen Betrieben in erster Linie zu entlassen, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Es soll hierbei den Kriegsteilnehmern und sonstigen Personen mit unterstüzungspflichtiger Familie Vorfahrt zur Wiedereinstellung und zum Erwerb gegeben werden. Sofern täglich laufen beim Demobilisierungsausschuß Bedürfnisse darüber ein, daß nach nur privaten Arbeitgebern, sondern auch Reichs-, Staats- und Gemeindebedürfnissen noch in zahlreichen Fällen nicht auf Erwerb angewiesene Personen, insbesondere weibliche Angestellte, beschäftigt und zum Teil sogar neu einzustellen, deren Erwerb durch Kriegsteilnehmer und Selbstlöhner Personen mit unterstüzungspflichtiger Familie durch die angezogenen Verordnungen vorgesehen ist.

Auf die nachträgliche Durchführung der genannten gesetzlichen Vorschriften ist deshalb noch besonders hingewiesen worden.

Die Betriebsunternehmer und Büroinhaber im Rheingaukreise werden hierauf aufgefordert, für ihren Betrieb die Maßnahmen zu ergreifen, die infolge der obenerwähnten Vorschriften notwendig sind.

Melsheim o. M., den 19. Februar 1919.
Für den Demobilisierungsausschuß.
Der Landrat.

Behandlung.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sind im 19. Wahlkreis, der die Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Schaumburg und Schmallenberg), den Kreis Wetzlar vom Regierungsbezirk Koblenz sowie Waldeck umfaßt, entfallen:

- | | |
|---|---------------|
| 1. auf Wahlvorschlag Dörmann | 42920 Stimmen |
| 2. auf Wahlvorschlag Luppe | 230182 " |
| 3. auf Wahlvorschlag Müller-Hulda | 187579 " |
| 4. auf Wahlvorschlag Rieker | 64465 " |
| 5. auf Wahlvorschlag Scheidemann | 463113 " |
| 6. auf Wahlvorschlag Seibt | 106078 " |
| 7. auf Wahlvorschlag Wahmann | 279 " |

Die zu einer Gruppe vereinigten Wahlvorschläge 3 (Müller-Hulda), 4 (Rieker) und 6. (Seibt) haben somit zusammen 358122 Stimmen erhalten.

Gewählt sind:

1. Bürgermeister Dr. Hermann Luppe, Frankfurt a. M.
2. Oberbürgermeister Erich Koch, Tassel.
3. Professor Walter Schücking, Marburg a. L.
4. Rentner Richard Müller-Hulda,
5. Schreiber Joseph Seibt, Berlin,
6. Mittelschul Lehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.
7. Universitätsprofessor Dr. Julian Rieker, Berlin,
8. Polizeibeamter Philipp Scheidemann, Berlin-Steglitz,
9. Schriftsteller Dr. Norbert Hart, Frankfurt a. M.
10. Stadtvorordneter Georg Thöne, Tassel,
11. Schriftsteller Gustav Koch, Hanau,
12. Schuhmachermeister Friedrich Bräuer, Sachsenhausen.
13. Ehefrau Johanna Leisch, Frankfurt a. M.
14. Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M.
15. Pfarrer Karl Seibt, Frankfurt a. M.

Gassel, den 26. Januar 1919.

Der Wahlkommissär
des 19. Wahlkreises für die Wahlen zur verfassunggebenden
deutschen Nationalversammlung.

Fritsch, Oberlandesgerichtspräsident.

Zur Sozialisierungsfrage.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird geschrieben: Nach den fristlosen Begriffen der Sozialdemokratie ist in allen Betrieben eine Sozialisierung möglich, ob aber die Produktionsfähigkeit gehoben wird, das ist sehr fraglich, ja für manche Betriebe zu verneinen.

Hierzu gehört die Landwirtschaft. Theorie und Praxis stehen sich bei der Durchführung des Problems stark gegenüber.

Eine unserer Hauptorgane muß und wird für die Zukunft unsere landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, bleiben. Nun hängt aber die Erhöhung nicht von den Großagrarien allein ab, sondern die kleinen Quellen der Volksnahrung sind im Besitz der mittleren und auch kleineren ländlichen Betriebe, auf denen oft nur ein bis drei ständige oder auch unständige Arbeiter beschäftigt werden.

Die Erhöhung unserer Viehhaltung ist, die Ausnützung selbst der kleinsten Ressourcen liegen zum großen Teil in dieser Arbeitsgemeinschaft. Nun lebt aber das Viehviel und Viehweide liegt vor, daß da, wo die Industrie ihnen unbilligen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausübt, der kleine und mittlere Bauernstand zurückging, die Viehhaltung auf ein Mindestmaß beschränkt wurde, und oft viele Bauernstriche, sowie einzelne Grundstücke unbewohnt liegen blieben. Das Interesse an dem mühevollen Erwerb, wie er bei den kleineren und mittleren Bauern zu Tage tritt, schwand immer mehr und man wandte sich der Industrie zu. Nun will aber unser Volk, daß alle Produktion gehoben werde, und der Arbeiterstand selbst muß ein Interesse haben, daß in Zukunft sich Industrie sowie Landwirtschaft sich lebensfähig erweise. Das wird bei den kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben nur möglich sein, wenn eine Schaffung einer Zentralverwaltung durch die Großindustrie und Kleinstindustrie und die Kleinstindustrie nicht aufrecht erhalten. Streits und Demonstrationen müssen nach Berliner Muster kann der Bauer nicht gebrauchen, die Naturgesetze fördern ihm seine Arbeitszeit und Leistung oft mit eiserner Gewalt vor. Es muß in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft jedes Glied mitarbeiten, ein Durchschnittsauflauf und trüger Elemente schadet hier mehr wie in sonstigen Betrieben. Auch kann hier kein Interessenkonflikt zur Geltung kommen, denn dies schädigt sowohl den Arbeitsplatz und in den wichtigsten Betriebszweigen der Ernte und des Herbstes ist nichts mit Arbeitszeit und Arbeitsabschöpfung anzufangen; denn wollte man in diesen Seiten auf dem so und soviel Stundenarbeit berufen, so wäre oft die geordnete Einbringung der Feldfrüchte und die Volksnahrung gefährdet.

In der Viehhaltung läßt sich das Stundenlohn noch weniger durchführen. Wenn wir, was zu wünschen wäre und zu hoffen ist, in der Siedlung § 3 ist wieder mehr an die Schaffung einer Schicht Kleinbürgerlicher Erstgenossen herantreten und erwarten, daß ein Teil unserer Industriearbeiter, denen sich hierzu Gelegenheit bietet, die mit Frau und Kind Neigung versprühen, sich wieder dem Erwerb auf der Scholle zuwenden, so werden diese Neufleder zu der Ansiedlung kommen müssen, daß es doch bei der Frage der Sozialisierung aller Betriebe, bei der Landwirtschaft, ein Hindernis gibt, daß in dem Naturgesetz und seiner sich nicht der Schablone fügenden Naturgewalt begründet ist. Man kann und hat es sehr oft gelebt, wohl den Satz schreiben, "die landwirtschaftliche Produktion ist schärfer zu fassen"; daß läßt sich bei der Maschine genau und auf das Hundert festsetzen, dem Acker kann ich wohl eine Ernte anvertrauen, ob aber die Natur sie gibt, ist eine andere Frage und da heißt es abrufen, erlämpfen. Dies läßt ein sozialisierter Betrieb nicht zu, denn der erreicht nicht zu erhöhte Leistung, sondern mehr und mehr zur interessengenossenen Arbeitszeit und Arbeitsabschöpfung; sodann, wenn die Aufstellung der großen Güter und Domänen vom Gesichtspunkt der Sozialisierung durchgeführt werden soll, wir einen gesteigerten Mehrertrag kaum erwarten dürfen. Streben bringt Leben, Schablone bringt Tod.

Die Nationalversammlung.

Die heutige Sitzung brachte endlich den Schluß der großen Aussprache.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann brachte die Vorgänge am Niederrhein. Der Ernst der Lage spiegelte sich in seinen Worten wieder: Die junge Republik wird in kürzester Zeit vor der schwersten Erstürmung, wenn nicht vor dem Zusammenbruch stehen. (Hört! hört!) Das Reich, das Volk, seine Ernährungsmöglichkeiten und Arbeitsmöglichkeiten sind aufs schwerste bedroht, nicht vom Feinde, sondern von Landesgenossen, die jetzt unsere verwüsteten westlichen Provinzen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, mit Zerstörung bedrohen. Der Boden, auf dem wir stehen, schwankt, er bricht vielleicht in kürzester Zeit zusammen, wenn es nicht gelingt, dem Wohnraum und Verbrechen im Industriegebiet entschlossen ein Ende zu machen. (Zehntausend Zustimmung.) Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die A.-S.-Pläte, die zwar in der ersten Zeit Gutes geleistet hatten, jetzt aber ihre Macht

nützbrauchen und an vielen Stellen das Erscheinen der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse einschließlich verhindern bzw. diese Blätter mit Gewalt für sozialistische Zwecke missbrauchen. Die vorher blühende Stadt Düsseldorf ist durch die A.-S.-R. an den Rand des Verderbens gebracht worden. Die „Düsseldorfer Nachrichten“ mussten als „Rote Fahne vom Niederrhein“ erliegen. Damit war das geschehene Klammer aufgerichtet, das alle weiteren Gewalttaten deckte. Mitte Januar fielen den sozialistischen Gewaltstreichen Menschenleben zum Opfer; am 17. Januar kam die Einsetzung von Standgerichten. Es folgten Verhaftungen und die Spaltung der Stadtverordnetenversammlung. Die sozialistische Wirtschaft hat Düsseldorf fast zum Bankrott gebracht. Der von der Spartakusgruppe eingesetzte sogenannte Oberbürgermeister Samidien (Bunz: Der ist unabhängiger), verlangte vom Stadtkonsistorer einfach einen Betrag von 200 000 Mark, und der Kassierer sah sich durch die Bedrohung mit Maschinengewehren genötigt, 125 000 Mark herauszugeben. (Hört, hört!) Dieser Oberbürgermeister macht natürlich Schule. Unter der Maske der Sozialisierung hat er den Hochwald des Grafen Spee in Ratingen einschließlich abholzen lassen. (Hört, hört!) Am 11. Februar haben in Wülfrath drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates 74 600 Mark für die Sicherheitskompanie durch Bedrohung mit dem Revolver in der Reichsbahnhalle erpreist. So sehen die Spartakisten des Kuhtriebers in Würthlichkeit aus (Zuruf: Das sind die Unabhängigen!) Es sind ganz gemeine Räuber, Spieghuben und Eryxer. (Sturmische Zustimmung.) Sie haben die „Niederrheinischen Nachrichten“ beschlagnahmt und verbieten und die Auflage verbrannt. Sie gehen bewaffnet von Auto zu Auto und zwingen die Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 95 v. H. der Bergarbeiter gegen den Streik sind. (Hört, hört!) In Duisburg ist gestern eine große Anzahl Arbeitswilliger getötet und schwer verwundet worden. (Hört, hört!) Auf Arbeitswilligkeit ist die Strafe des Erfolgschicksal gesetzt worden. Das ist nur eine Handvoll von den vielen Meldungen, die uns täglich zugehen. Sie müssen die Regierung noch heute zum Teufel jagen, wenn sie nicht mit aller Kraft und Entschlossenheit Gewalt gegen Gewalt setzt. (Sturmische Beifall und Klasse: Das kommt jetzt zu spät!), um den letzten Rest des spärlichen Volksvermögens vor Vernichtung und Zerstörung zu bewahren. Die Regierungstruppen kommen ins Kuhtrieb als Schutzen der Demokratie und der vergewaltigten Arbeiter, nicht als Weiße Garde. Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, den Spartakisten und Gewaltmenschinen in kürzester Zeit das Handwerk zu legen. (Sturmischer Beifall bei der Mehrheit, Ratschen bei den Unabhängigen Sozialdem.)

Weiter ist von den Mehrheitsparteien folgendes Vertrauensvotum für die Regierung eingebrochen worden: Die Nationalversammlung billigt den Arbeitsplan des Reichsministeriums und spricht dem Reichsministerium das Vertrauen aus.

Eine Kundgebung aller Parteien für die stammverwandten Deutschen-Destriker ruft lebhafte Beifallskundgebungen hervor. (Zuruf: Siegerwald!) nimmt seine Partei gegen die Vorwürfe des Kuhtriebes in Schutz. Unser Wirtschaftsleben muß auf sozialistischem Sozialismus ausgebaut werden. Es wird behauptet, daß der weissrusslande Katholizismus im Kriege versagt habe. Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat jedenfalls vom ersten Kriegstage an ebenso engagiert für den Frieden gearbeitet wie die sozialistische Internationale. Der Kriegsgeist von oben und von unten müsse verschwinden. Die Arbeiterschaft, die jetzt zur Herrschaft tritt, muß zeigen, daß die breiten Volkschichten besseres zu bieten haben als das alte System. Was wir uns liegen, werden wir tun, um ehrlich und rechtschaffen mitzuwirken an der Gestaltung eines neuen Lebens für unser Volk. (Lebhaftes Beifall im Zentrum.)

Abg. Bäumer (Dem.) erkennt einen Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie nicht an. Demokratie ist aktiver Liberalismus. (Sehr gut! bei den Demokraten.) Was die Vertäutigung der Frau, nachdem sie formell das gleiche Recht mit den Männern erhalten hat, betrifft, so wünsche ich, daß man in allen Behörden, die mit Frauen und Erziehungsarbeiten zu tun haben, geschulte Frauen berufen möge. Wie stehen heute vor der hohen aber auch wunderbaren Aufgabe, der Gesamtheit des Volkes, nicht nur den oberen oder höheren Schichten, den Ausläuferstaat zu bringen. Der Entschließung, welche die Deutschösterreicher angeht, stimmen wir mit Freuden zu. (Beifall bei den Dem.)

Hieraus wird ein Schlusshandlung angenommen.

Nach einer lebhaften Geschäftsförderungsdebatte wird der Regierung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der beiden Parteien das Recht der Beratungen ausgesprochen. Der Antrag, der die Deutschösterreicher betrifft, findet einstimmige Annahme.

Rückfrage Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung:

Gesetz über die Bildung einer Reichswehr.

Schluss nach 7 Uhr.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

Bluttaten in München.

Kurt Eisner erschossen. — Schießerei im bayerischen Landtag.

Freitag vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner in München auf dem Wege vom Ministerium des Innern nach dem Landtag-Gebäude in der Prannerstraße von Leutnant Arcos-Palley durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Polizei-schwer verletzt und ist seinen Verleugnungen erlegen.

Als ein Opfer der Gewalt, die er selbst gerufen, ist der bayerische Ministerpräsident Eisner, der Basis eines jungen Schwarmes zum Opfer gefallen, denn nur auf dem Boden der revolutionären Überzeugung der Umwälzung aller moralischen und sozialen Begriffe durch den gewaltvollen Umsturz einer bei allen ihren Schwächen doch jeder Theorie fernstehenden Gesellschaftsordnung konnte eine Gejagung und Parisis großgezogen werden, die auch das Leben des Münchener als

sein Hemmnis mehr anerkennen, wenn es dem gewählten Ziel im Wege zu stehen scheint. Seit Wochen, ja seit Monaten, hatten wir Gründe von der wachsenden Empörung, die das bayerische Volk gegen den Bandenmeister und, wie sein Verhalten bei den Wahlen auch zeigte, undemokratischen Urtypator empfand. Und diese Empörung, diese zum Teil wohl intuitiv Auslehnung war es, zu deren Organ sich der Mörder Eisners machen wollte. Menschlich wie politisch ist seine Tat aus schärfste zu verurteilen, ganz ebenso, wie jeder anständige Mensch die Lynchjustiz an Liebhaber und Rosa Luxemburg aus tiefe verabscheut; aber, und darauf immer zurückzomend, heißt nur die Wahrheit aussprechen: es sind die Freunde der Revolution, die hier in blutroten Farben ausgehen. Dieser Gedanke kommt auch in den Betrachtungen der sozialistischen Presse zum Ausdruck, die Eisner dahin gekennzeichnet, daß er ein glänzender Feuilletonist, aber ein herzlich schlechter Politiker gewesen sei, der bei allem vielleicht angestandene guten Willen viel Unheil angerichtet habe. Beiziehende politische Folgerungen zieht das mehrheitssozialistische Regierungsbüro, der Vorwärts, wenn er die Notwendigkeit betont, daß die ganze Arbeiterbewegung die Front gegen rechts nehmen müsse, gegen die stumpfe, plumpne Reaktion, deren Hirn leer ist und deren Hand den Revolver führt. Es kann nicht schief gelungen betont werden, daß eine solche Reaktion nicht besteht, und die Aufforderung des Vorwärts steigt mit die Gefahr einer vollständigen Vergiftung des politischen Kampfes. Man vergesse doch auch nicht, daß außer dem Unabhängigen Eisner auch ein Mehrheitssozialist, ein Zentrumsmann und ein Offizier der Römerhund zum Opfer gefallen sind. Selbstverständlich verurteilt auch die Reichsregierung die Münchner Tat aus schärfste, obwohl sie an den Ermordeten alles anderes als einen Freund und Förderer ihrer Bestrebungen auf Besiegung der politischen Verhältnisse hatte. Die Gewalt muß aus dem öffentlichen Leben verschwinden; daran müssen alle Parteien mitwirken.

Nachhaupter und Auer.

Im Landtag wurde auf den Minister Auer ein Attentat verübt worden. Als er eben in einer Erklärung dem Abseits über die Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner Ausdruck gegeben hatte, fielen plötzlich Schüsse aus der Richtung der durch einen armen Plüscherwagen verhangenen hinteren Eingangstür zum Sitzungssaal. Daraus stürzte ein Mann in Militärmantel und Zivilhut in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolverschüsse in der Richtung auf Auer ab. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordnete bemächtigte sich einer großen Poni. Er flüchteten durch alle Ausgänge aus dem Sitzungssaal. Auer rannte, in die linke Bushaltestelle getroffen, schwer verletzt zusammen. Von einem der Schüsse wurde der Abgeordnete Oefel von der bayerischen Volkspartei getroffen. Er ist tot. Zwei Ministerbeamte erlitten schwere Schüßverletzungen. Die Minister Hoffmann und Frauendorff, sowie inzwischen zurückgekehrt Abgeordnete der sozialdemokratischen Tradition leisteten den Schwerverletzten die erste Hilfe. Die Sitzung mußte aufgehoben werden. Das Landtagsgebäude ist militärisch gesperrt.

Der Minister für militärische Angelegenheiten, Höhne, befindet sich in Haft. Auer wurde noch dem Attentat in ein Lazarett gebracht, wo er von einem Militärarzt sofort untersucht und operiert wurde. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Befreiung der Abgeordneten.

Die Landtagsöffnung findet nicht statt. Die Abgeordneten dürfen aber auf Befehl der Räte einzutreten, das Gebäude nicht verlassen, wo sie also eingetragen sind. Die Angaben gehen darüber auseinander, ob der Diener Arcos diesen auf dessen eigenen Befehl erschossen haben soll, oder ob Arcos durch einen im Eisner-Beiseitung befindlichen Soldaten getötet. In der Promenadenstraße zeigten mit Sägemotoren überstreut, große Blutlachen die Stelle der Tat neben dem Ministerium des Innern an. Arcos Persönlichkeit war durch bei ihm gefundene Papiere festgestellt worden.

Der Prozeß Radek.

Aus der Werkstatt der Bolschewisten.

Radek weist sich in den Papieren und Briefschriften, die in seinem geheimen Propagandabüro gefunden wurden, als Leiter des „Departements Zentraleuropa“ des russischen auswärtigen Kommissariats aus. Er hatte zunächst nur die deutschen, österreichischen, ungarnischen, polnischen und türkischen Angelegenheiten zu bearbeiten, war aber zuerst nicht mehr und nicht weniger als Chef der Weltpropaganda der Sowjetregierung. Seine Ausgabe für die nächsten Wochen war, Deutschland als Aufmarschgebiet für den Bolschewismus einzurichten. Er stand in fortwährender Verbindung mit Moskau, erhielt von dort allerorten Tage den Besuch von Agenten, allerdings heimlich außerhalb seiner Wohnung, und unbeschrankte Geldmittel, nach seinen Aufzeichnungen in die Millionen Mark gehend. Der kleine, schmächtige, 36jährige Mann, der früher in russischer Uniform, dann in deutschem Feldgrau Berlin durchstreite, trat überall sehr elegant und freigiebig auf. Niemand hätte in diesem geschmeidigen Kavalier den rauhen Spartakusmann vermutet. Nach den aufsehenden Korrespondenzen, die Sekretärin und das Schreibstühlchen, geben können. Der große Plan Radeks war, das Feuer des Bolschewismus in Deutschland bis zum Frühjahr angezündet zu halten. Ende April, spätestens anfangs Mai sollte ein neuer allgemeiner Spartakusaufstand in den deutschen Großstädten losbrechen als Vorbild für die Vereinigung mit den herbeimarschierenden Russen. Immer wieder erwähnte Radek in seinen Kundschaften und Geheimbriefen die Gassen, auszuhalten, bis die russischen Freunde kämen. Die Soldaten, die an der Ostfront würden diesen Tore und Türen öffnen. Sie würden sie ebenso leicht hereinlassen, wie sie ihn, den von der deutschen Regierung verbannten Vertreter der Sowjetregierung, hätten durchschlüpfen lassen. Letzteres ist wahrscheinlich eine Illusion. Der Soldatenrat der 10. Armee im Osten hat Herrn Radek alias Sobelsohn nicht als solchen durchgelassen. Er ist mit gefälschtem Paß hereingelommen, während die anderen Sowjetmänner von den gewarnten deutschen

Soldaten an der Grenze vertrieben wurden. Allerdings ist es noch ein Rätsel, wie es den vielen Statuten möglich war, die Post, die Flugblätter und Millionen für Radeks Büro Woche nach Berlin zu schicken. Wahrscheinlich gelang es ebenfalls mit falschen Ausweisen, wie ja auch Radek von seinen Gefährten genossen in Deutschland reichlich mit allen zur Verschwendung nötigen Urkunden und Stempeln versehen wurde. Die ausgedehnten Fälschungen werden noch im Prozeß Radek eine Rolle spielen. Man hofft, wenn alles glatt geht, daß Verfahren gegen Radek an die berichtigten Spartakistenfälle in Moskau anzuschließen. Die Anklage wird sich voraussichtlich gründen auf die Paragraphen 110, 111, aber auch § 81 ff. des deutschen Strafgesetzbuches, also Aufforderung zum Widerstand gegen die Gesetze und hochverräterische Unternehmungen

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die jetzige bessische Volkskammer hat zuerst die zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ulrich wieder gewählt. Der Ministerpräsident verließ alsbald die neue Regierung, die sich nunmehr wie folgt zusammensetzt: Ulrich (Soz.) Vorsitzender und Neueres; Dr. Fuhrmann (Soz.) Inneres; Heinrich (Dem.) Finanzen; von Brentano (Fr.) Justiz. Diese vier Personen sind als das Ministerium angesehen (früher nur zwei Minister). Außerdem gehören die Vorsitzende der Landesräte dem Ministerium an mit Stimmrecht ihres Ministeriums, und zwar: Ministerialdirektor Dr. Streiter (Dem.) Landesamt für Bildungswesen; Ministerialdirektor Dr. Neuemann (Soz.) Landesnährungsamt; Ministerialdirektor Maas (Soz.) Landeswirtschaftsamt; Uebel (Fr.) Staatschuldenamt. — Die Räume hat weiter der Antrag der Regierung, dem geweissen Großherzog, der bekanntlich noch nicht abgedankt hat die Willkür zu sperren, abgeschafft und dafür einen Ausschanktag angenommen, der die Regierung beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Großherzog einzutreten.

Allerlei Nachrichten.

Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

* London, 20. Febr. Die Times meldet: In der gebrüder Unterhaus sitzung wurde mitgeteilt, daß bisher von Deutschland ausgeliefert wurden: alle schweren und alle Feldgeschütze, alle Maschinengewehre, Laufgräberwörter und Flugzeuge. Außerdem wurden noch ausgeliefert: 4065 Lokomotiven an Stelle von 5000, 125 836 Waggons an Stelle von 150 000 und 1276 Motorwagen.

Die Verbandsbesetzung im Rheinland.

* London, 20. Febr. Einer Neutermeldung zufolge erklärte Churchill in einer auf einem Frühstück im Mansions House gehaltenen Rede, es würden Maßregeln getroffen, um es für Deutschland unmöglich zu machen, während dieser Generation einen Revanchekrieg zu führen. Um das Wiederaufstellen des Krieges zu verhindern und um die Fahrt der Wiedergutmachung sicherzustellen, sei es notwendig, eine Zeit lang am Rhein eine starke, gut disziplinierte Wehr zu halten. Diese Wehr könnte nicht auf der Grundlage des Freiwilligensystems aufgestellt, sondern könnte nur durch die Dienstpflicht geschaffen und aufrecht erhalten werden. Es besteht die Absicht, während des Jahres 1919 ungefähr 900 000 Männer unter den Waffen zu erhalten.

Wilsons Amerikafahrt.

* Washington, 21. Febr. Das Marineamt teilt mit, daß der Dampfer George Washington mit Wilson an Bord auf schweres Wetter gestoßen sei und ohne Boot nach Boston weiterfahre. Das Schlachtschiff New Mexico hatte Maschinenschaden und blieb zurück. Auch die Kreuzer wurden gesunken, den Dampfer im Stich zu lassen. Daniels gab dem Kreuzer Denver Befehl, dem Dampfer entgegenzufahren.

280 Milliarden Kriegsentlastigung.

* Amsterdam, 23. Febr. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde auf der Friedenskonferenz jetzt auch die Schadensersatzfrage berührt. Wie verlautet, stellen sich danach die Forderungen der Entente auf insgesamt 280 Milliarden Mark. Ursprünglich wollten die Alliierten einen höheren Betrag fordern. Auf Vorschlag Amerikas seien dann jedoch weitgehende Streichungen vorgenommen worden.

Arbeitslosenanschreitungen.

Bei einer Rundgebung wegen der Nahrungsmittel- und Kohlemangel zogen in Hof in Bayern Soldaten und Arbeitsslose zum Rathause, holten den Oberbürgermeister heraus, der gefesselt im Hause mitgehen mußten, und schleppten beim „Hofes-Anzeiger“ den Chefredakteur mit fort. Beim Oberbürgermeister hielt die Menge Haussuchung nach Nahrungsmitteln, aber vergebens.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Nach englischen Quellen wird gemeldet, daß dem Oberkommando des besetzten Gebietes Befehl vergeben, welche besagen, daß die deutschen Kohlenlieferungen in den letzten Tagen stark im Rückgang befindlich sind. Die Alliierten sollen nach derselben Quelle beabsichtigen, diejerthalb eine beschriftete Note an Deutschland zu richten.

Die Dauer der Besetzung.

Wie der Telegraphen-Union aus Paris gemeldet wird, erwiderte Wilson im Kammerausschuß auf eine Anfrage, er glaube, daß die Besetzung des linksrheinischen Gebietes die Dauer eines Jahres überschreiten werde. — Nach der Meldung eines Pariser Blattes aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet nehmen die Kommandos der Alliierten dort zahlreiche Aneignungen von Wohnungen vor, um einen größeren Raum für die Bevölkerung zu schaffen. Diese Maßnahmen lassen auf eine längere Dauer der Besetzung schließen.

Hamburg.

Der Ausstand der Straßenbahner und Hochdahner ist beendet. Der Betrieb ist nach zehnmonatiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Die Streikenden haben nun doch den Schiedsspruch des A.-S.-R. angenommen. Die Streikende allerdings sollen ihnen die Verwaltungen bezahlen, ein Zugeständnis,

daß in der Bürgerstadt keine Billigung findet. Die nach dem Schiedsspruch zu zahlenden Lohnerschöpfungen werden eine abnormale Verkürzung der Fahrtpreise zur Folge haben.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Terror.

In Wattenscheid haben sich schwere Kämpfe abgespielt, die mit der Abschaffung des radikalen Arbeiters und Soldatenrats endeten. Die arbeitswilligen Belegschaften entwischen die Minderheit der Unabhängigen und stürmen die Schachtanlagen, in der sie die Spartäler verschont hatten, und besiegen die Angänge mit Mitgliedern der freiwilligen Sicherheitswehr.

Aus Essen wird berichtet: Mit unerhörtem Terror werden die arbeitswilligen Bergleute zur Teilnahme am Streik gezwungen. Auf der Zeche „die Wendel“ erscheinen eine Anzahl Arbeiter der benachbarten Zeche „Radbod“ und besiegeln die Fördermaschine mit der Serrlamm, sie würde bis in die Grube befürchtet werden, die Frühstück nicht eher ausfahren lassen, bis diese zur Teilnahme am Generalauftand sich bereit finden würden. Da den Leuten der Nachmittagsstreik gesagt worden ist, es sei der Generalstreik proklamiert, beschlossen diese, den Generalstreit mitzumachen. Darauf wurde die Fördermaschine freigegeben und eine Belegschaftsverfassung abgehalten, in der es zu einer erregten Auseinanderziehung und Detrahanz der Prügelkette der verweigerten Ausfahrt kam. In der Aussprache kam deutlich zum Ausdruck, daß der größte Teil der Belegschaft gegen den Streik war, jedoch keinen Ausweg sah, sich vor dem Streikstreben zu schützen.

Aus der Zeche „König Ludwig“ in Recklinghausen hat ein Teil der Belegschaft von dem Leiter der Zeche durch die Drohung mit sofortiger Arrestierung der Werksanlagen, dem sich auch der Arbeiterschlund angeschlossen hat, Lohnzugeschäftsrechte erneut. Ein von der Belegschaft gewählter Rat Ausschuss soll nach eigenem Erlassen die Beamtenwohnungen auf Besitzniveau untersuchen. Die Zechenverwaltung hat gegen das gewaltsame und geschwadige Vorgehen entschieden Einspruch erhoben und um Schutz für die Werksanlagen und das Eigentum der Beamten ersucht.

Die Gruben ersaufen.

Auf der Zeche „Zollverein“, auf der der Ausstand nach 14-tägiger Dauer am Samstag beendet war, ist die Belegschaft durch die spartälerische Minderheit gegen den Willen der großen Mehrheit an der Anfahrt mit Waffengewalt verhindert worden. Die abends angefahrene Nachtsicht wurde an der Ausfahrt verhindert. Die Leute sind bis zum Mittag noch nicht aus der Grube herausgelassen worden. Ein Betriebsführer ist bei Beweisung der Spartäler aus dem Kesselhaus durch zwei Schüsse verletzt worden. Die Direktoren haben wegen schwerer Bedrohungen seit längerer Zeit Wohnung und Büro nicht mehr betreten können. Falls die angebrochene Auseinandersetzung der Kessel erfolgt, ist das Ersaufen der Gruben unvermeidlich. Eine Auszahlung der Löhne in weiten Berechnungsgefaßt in Frage gestellt.

Vokale u. Vermischte Nachrichten.

Weinbergsverkauf.

+ Oestrich, 22. Febr. Herr Weingutsbesitzer Philipp Nägele in Geisenheim verkauft einen Weinberg im Hallgarterweg zum Preise von 50 Mk. die Rute an Herrn Josef Svoboda und einen solchen in gleicher Lage zum selben Rutenpreise an Herrn Ludwig Heinrich Sprieler dahier. Einen weiteren Weinberg im Siersfeld (Mittelheimer Gemarkung) des Herrn Phil. Nägele erwarb ebenfalls Herr Jos. Svoboda für 50 Mk. die Rute.

Beschwörung.

* Eltville, 23. Febr. Herr Peter Kopp verkauft sein in der Feldstraße belegenes Wohnhaus an Frau Schäfer aus Schierstein zum Preise von 15.250 Mark. Die Vermittlung geschah durch Herren Haimann hier selbst.

Güter-Versteigerung.

X Winkel, 23. Febr. Die am 17. Februar stattfindende Weinbergsversteigerung des Herrn Fritz Raßl. dahier hatte folgendes günstige Ergebnis: 32,68 Ruten im Mittleren Vogelsang Mk. 84.— die Rute an Herrn Steiger Carl Eiser, 19,80 R. im Erntebrenger Mk. 47,50 an P. und E. Rudolphi, 31,32 R. Mk. 35.— an Arth. Hallgarten, 88,88 R. im Erntebrenger Mk. 54.— an Heinr. Molitor, 30,56 R. Mk. 49.— an Eberh. Rüglinger, 28,40 R. im Kreuzweg Mk. 48.— zurück, 55,72 R. Mk. 43.— an Georg Freimuth, 19,36 R. im Hellersberg an phil. Nikolay Wv. 47,24 R. Mk. 40.— an Arth. Hallgarten, 53,08 R. im Schafstall Mk. 58.— an Jakob Charisse, 71,98 R. im Gedenberg Mk. 45.— an Wendl. Kremer 5., 53,92 R. im Neuberg Mk. 46.— an Wendl. Kremer 5., 33,04 R. im Zett zurück, 40 R. im Börschen Mk. 40,50 an Jakob Monreal; für die Rute wurden Mk. 50.—, 28,50, 32.— und 25.— per Rute bezahlt.

Hausverkauf.

** Geisenheim, 24. Febr. Herr Kaufmann Gerhard verkaufte seine Einfamilien-Villa im Kreuzweg dahier zum Preise von 20.500 Mark an die Maschinenfabrik Johanniberg (Klein, Forst und Bohn Nachf.) S. m. b. H. dahier, die damit eine Beamtenwohnung schafft.

Die Kohlennot.

R.H. Rüdesheim a. Rh., 23. Febr. Gelegentlich der Übersendung der Kohlenbezugscheine für Februar teilte der Reichskommissar folgendes mit: „Ich muß bei dieser Gelegenheit die Versorgungsbezüge darauf aufmerksam machen, daß sie mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß ich sie das laufende Haushaltswirtschaftsjahr weitere Bezugscheinreihen nicht an die Versorgungsbezüge heraustreibe. Über die tröstelose Lage in den sämtlichen noch zu unserer Versorgung stehenden Bergbaurevielen werden die Versorgungsbezüge durch die Tageszeitungen hinsichtlich unterrichtet sein. Zu den ständigen Streiks und Unruhen — namentlich in den hauptsächlichsten Brennstoffserzeugungsgebieten — sowie durch die starken Minderleistungen der Bergarbeiter bedingten Förderungsausfällen treten der Verlust der linksrheinischen Bergbaureviere für die Versorgung des übrigen Deutschlands durch die feindliche Besetzung der linken Rhein-

seite, sowie ferner die durch die zwangsweise Abgabe der Wagen und namentlich Lokomotiven verursachten Förderungsschwierigkeiten bei der Eisenbahn. Die gegenwärtige Erzeugung reicht kaum aus, um den bringlichsten Bedarf der Eisenbahn, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Nahrungsmittelbetriebe zu decken, so daß für den Hausbrand, der als nächstdringlicher Verbrauchsweile in Frage kommt, nur sehr wenig übrig bleibt. Folgedessen befindet sich die Versorgung der bereits in den Verkehr gebrachten Haushalte bezüglich stark im Rückstand. Bei einer längeren Ausdauer der gegenwärtigen Verhältnisse ist kaum damit zu rechnen, daß bis zum Schlusse des Haushaltswirtschaftsjahres 1918/19, d. h. bis zum 30. April 1919 noch die bis jetzt herausgegebenen Bezugscheine (einschließlich die Reihe H, blau) annähernd voll beliefert werden. Eine Herausgabe weiterer Bezugscheine würde daher bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse zweiflos sein und zu Ungleichmäßigkeiten in der Versorgung Anlaß geben, die vermieden werden müssen. Allen Versorgungsbezirken kann angesehnt dieser Verhältnisse nur dringend empfohlen werden, die jetzt herausgegebenen blauen Bezugscheine der Reihe H und die etwa noch in ihrem Bestand befindlichen früheren Reihen in erster Reihe dazu zu verwenden, um den dringlichsten Bedarf des Volkes (wie Schlachtwie, Fleischhäuser u. dgl.) sowie der im Interesse der Volksernährung wichtigen gewerblichen Betriebe (Bäckereien usw.) ferner den dringlichsten Bedarf in landwirtschaftlichen Betriebshöfen damit bis zum Schlusse des Haushaltswirtschaftsjahres zu decken. Erst die nach Deckung dieses dringlichsten Bedarfs noch verfügbaren Haushaltebezugscheine würden zweitmaßig dem Handel für den Haushalt im engeren Sinne zur Verfügung zu stellen sein. Solange die Benutzungen durch die ständigen Streiks nicht aufhort und die Arbeitsleistung nicht zunimmt und solange nicht die Arbeit in den Lokomotivfabriken und Reparaturwerken in intensiver Weise betrieben wird, ist an eine Besserung der Verhältnisse für den Haushalt bedauerlicherweise nicht zu denken.“

Obgleich kaum noch mehr als bisher gespart werden kann, muß versucht werden, mit den jetzigen geringen Mengen auszukommen. Die Kreiskostenstelle bleibt bemüht Braunkohlen hiesse zu schaffen, womit sich die Bevölkerung gebundenenfalls begnügen muß. Die Schwierigkeiten, Braunkohlen zu erhalten, sind auch sehr groß, so daß mit einer einigermaßen ausreichenden Menge ebenfalls nicht gerechnet werden kann.

Schleichhandel.

* Wiesbaden, 23. Febr. Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte wegen Schleichhandels mit Schokolade den 43-jährigen Kaufmann Karl Höhn von hier zu 2000 Mark Geldstrafe.

Prüfung.

○ Aus dem Rheingau, 23. Febr. Um 19. Februar bestanden vor der Prüfungskommission zu Geisenheim Gräfin Elisabeth Freimuth in Winkel und Gräfin Ottilie Albert in Schierstein ihre Gesellenprüfung mit den Noten praktisch „sehr gut“ und theoretisch „gut“. Die Meisterin war Frau Rückert in Eltville.

Versammlungs-Genehmigung.

* Aus dem Rheingau, 24. Febr. Versammlungen jeglicher Art unterliegen der Genehmigung der französischen Behörde. Unter Versammlung versteht die französische Kommandantur alle Versammlungen, Versammlungen, Versammlungsbarkeiten usw., selbst wenn diese nicht in öffentlichen Orten stattfinden. Sämtliche Personen, in erster Linie der Einberufer selbst, machen sich strafbar wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung. Besuche um Genehmigung sind rechtzeitig bei der Polizeiverwaltung einzurichten unter genauer Angabe des Programms.

Ein Betrüger.

Bingen, 24. Febr. Ein Fremder, der angab Weber zu heißen, hat hiesige Einwohner unter der Vorwiegung, daß sie von ihm Brot, Speck und Del erhalten könnten, mehrere hundert Mark abgezwickt. Der Betrüger wurde in der Person des Kaufmanns Alswed Webers aus Niro ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um einen oft vorbekreten Menschen, der durch die Revolution aus dem Gefängnis gekommen ist.

Diebstähle.

○ Bingen, 24. Febr. Einbrüche wurden in den letzten Tagen hier verübt. Dabei wurden Kosten im Wert von 8000 Mark, Wein, Lebensmittel, Bleichsoda, Seifenpulver usw. gestohlen. Die hiesige Polizei hat die Diebe festgenommen. Es handelt sich um den erst 18 Jahre alten arbeitslosen Georg Dietrich und den ebenso alten Schiffer Robert Umann jr. Die Wohnung des Dietrich barg ein regelrechtes Lager. Umann wurde erst kürzlich, weil er vier schwere Einbrüche in Geisenheim und Bingen verübt hat, der Polizei vorgeführt.

Bahn-Unglück.

○ Metternich, 24. Febr. Auf der Straßenbahnenstrecke Metternich-Blaß hat sich ein Unglück ereignet. Am Führerstand gab es Kurzschluß und der Führer sprang ab und überließ den Wagen sich selbst. Ein Teil der Fahrgäste sprang auch herunter, wobei ein Mann aus Klärlich schweren Verletzungen erlitt, daß er kurz darauf starb. Zwei Leute, die allein auf dem Wagen geblieben waren, brachten ihn zum sterben. Noch fünf von den Fahrgästen sind mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus gekommen.

Für Österreich-Ungarn-Mannschaftspersonen.

C Alle im Umtbereich des österreich-ungarischen General-Konsulats Frankfurt a. M. aufhaltenden vom Heeresdienst entlassenen ungarischen Mannschaftspersonen mit Ausnahme der in Kroatien und Slawonien Heimatberechtigten werden aufgefordert, ihren Anspruch auf Auszahlung der Abflüstsgebihr sofort beim Militärbüro des Österreich-Ungarischen General-Konsulats, Neue Mainzerstraße 35 pt. in Frankfurt a. M. unter Einsendung ihrer Entlassungspapiere schriftlich anzumelden.

Fritz Ebert.

* Aus Bonn wird geschrieben: Der heutige Reichspräsident Fritz Ebert war früher bei unserem Mitbürger Klemm, als dieser noch Inhaber eines Sattler- und Dekorationsgeschäfts war, längere Zeit als Gehilfe tätig.

Uebertriebene Holzpreise.

* Nordenstadt, 23. Febr. Die Holzpreise haben heuer auch hier eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Bei der zuletzt im hiesigen Walde abgeholtenen Versteigerung, zu der nur Steigerer der Gemeinde zugelassen waren, kamen 4 Raummeter buches Scheitholz auf 160 bis 200 Mark, entsprechend hoch stellten sich auch die Preise für buches und eichenes Brügelholz und für Wellen. Den Steigerern wird die als baldige Abfahrt des genehmigten Holzes dringend angeraten, da in letzter Zeit wiederholt derartiges Holz aus dem Walde gestohlen wurde.

Französischer Sprachunterricht.

* Aus Hessen, 20. Febr. Am letzten Montag begann in allen Volksschulen Rheinhessens der obligatorische französische Sprachunterricht. Vielsach wohnten franz. Offiziere dem Unterricht, der durchweg von den Ortsteilern erweitert wird, bei.

Kommunalpolitische Umsturzpläne.

* Wie eine offizielle Korrespondenz wissen will, beabsichtigt die Regierung für die Städte das Einkammer-System einzuführen und demgemäß die Magistratskollegien zu beseitigen. Weiter kommt in Frage, dem künftigen Bürgermeisteramt einen Ausschuß zur Seite zu stellen, der als Kontrollorgan der städtischen Verwaltung zu wirken hätte. Dieser Ausschuß soll entweder von der Stadtverordnetenversammlung gewählt oder durch besondere Wahlen berufen werden. Mit der Auflösung der Magistrate soll auch die Amtszeit der beauftragten Magistratsmitglieder ihren Abschluß finden; sie sollen aber „berechtigt“ sein, sich wieder zur Wahl zu stellen. Nicht unwahrscheinlich sei, daß die Auflösung der Magistrate noch vor dem Zusammentritt der preußischen Landesversammlung stattfindet. Danach scheint die Regierung also gewillt zu sein, auf dem ungesetzlichen Verordnungsweg die Kommunalverwaltung zu sozialisieren. Besonders bedenklich erscheint die Absicht, jedem Bürgermeisteramt einen sog. Kontrollausschuß beigegeben. Soll damit die überflüssige und kostspielige Herrschaft der A. S. R. verewigt werden?

Hohe Pferdepreise.

Die Pferdepreise haben im befreiten Gebiet heute bereits wieder die schwindende Höhe wie zur Zeit der höchsten Konjunktur inmitten der Kriegszeit erreicht. Bei den in den letzten Tagen da und dort abgeschlossenen Verträgen wurden für zweijährige Hohen bis zu 5000 Mark gezahlt. Dabei ist die Nachfrage ungewöhnlich stark. Militärpferde sind ebenfalls sehr begehrt. Viele Landwirte klagen, daß sich trotz aller behördlichen Maßnahmen immer wieder die Preise immer weiter in die Höhe treiben. Wer vor 6—8 Wochen läuft, erzielt heute für Militärpferde den breit- bis vierfachen Preis.

— Geradezu standlose Zustände haben sich in letzterer Zeit mehr noch als während der Kriegszeit eingestellt. Die Schwarzlachteri wird allenthalben in der standlosen Weise als sehr reichlich lohnendes Gewerbe immer weiter betrieben. Täglich werden solche Geheimläden in Stadt und Land neu aufgedeckt, aber weitauß die meisten Fälle bleiben verborgen. Ganz ungeniert kann man in Gaishäusern und während der Bahnhöfen die Leute sich röhnen hören, daß es ihnen an Fleisch nicht fehlt, nur müssen sie es gut mit 5—6 Mark und noch teurer bezahlen. Sie alle haben ihre geheimen Bezugsquellen. Der Schwarzlachteri selbst hat wieder seine Lieferanten, die ihm teils gefloßt, teils auch gefloßenes Vieh zuschicken. Die Viehbedürftige ziehen sie in erschreckender Weise. Förmliche Raubzüge werden bis in die entlegensten Dörfer unternehmen. Diese standlosen Zustände müssen unsrer ohnehin schon gewaltig reduzierten Viehbestand auf einen Teststand bringen, der unsere Milch- und Fleischbelieferung und damit die Vollernährung für lange Jahre hinaus auf allgemein schädigend.

— Sicherheit von Kriegsanleihe und Sparquoten. Es ist erstaunlich, daß auch der Reichsminister für das Reichsschatzamt, Dr. Schäfer, die erste Gelegenheit benutzt hat, um in der Deutschen National-Versammlung sich zu der vielfach angeschnittenen Frage der Sicherheit der Kriegsanleihe, Spar- und Banschatten zu äußern. Er hat mit aller Deutlichkeit erklärt: „Davon, daß die Kriegsanleihe annulliert, die Sparkassen und Banschatten beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme, die die größte Rechtsverletzung wäre, und die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt.“ — Diese Erklärung der rechtmäßigen Regierung, die an so hervorragender Stelle erfolgt ist, dürfte nun wohl alle etwaigen Befürchtungen vollkommen auskräumen. Auch die von lokalen zeitweiligen Machthabern verursachten Einrisse sind damit als völlig rechtsunwirksam gekennzeichnet. Bisher ist trotz der unruhigen Zeiten noch kein Geld den Kontinentenbewohnern bei Sklaverei und Banken verloren gegangen, wohl aber sind sehr häufig zu Hause aufbewahrte Wertpapiere gestohlen worden. Damit ist auch tatsächlich die Sicherheit der Einlagen im Sparkassen- und Baubetrieb bewiesen; diese Einrichtungen verdienen das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird.

Weinzeitung.

* Hallgarten, 24. Febr. Die „Vereinigten Wein-gutsbesitzer G. S. m. b. H. Hallgarten“ verkaufen ihre 1918er Weinkreuzen — insgesamt etwa 150 Hektar — zum Preise von 5700 Mark das Stück an Herrn Heymann-Levitt in Mainz. — Die „Winzer-Gesellschaft“ wird ihre 1918er Kreuzen am Donnerstag, den 6. März zur öffentlichen Versteigerung bringen. Die neuen Weine haben sich vorzüglich entwickelt und versprechen einen vorzüglichen, gerade für den Weinhandel brauchbaren Mittelwein zu geben. Die Spuren sind hervorragend schöne Sachen.

Berantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Gefang- und Gebetbücher

in reichhaltigster Auswahl empfohlen

Adam Etienne, Oestrich a. Rh.

